

18. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Kostenexplosion am Kulturforum stoppen – städtebauliche Entwicklung steuern

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, unverzüglich mit dem Bund Verhandlungen aufzunehmen, um die Einordnung der Planung für das „Museum der Moderne“ in ein Gesamtkonzept sicherzustellen, die bereits jetzt absehbare Kostenexplosion dieses Projektes zu stoppen, den Museumsneubau städtebaulich in das Umfeld einzuordnen und den Gesamtaufwand durch klare Vorgaben zu begrenzen. Ziel muss sein, einen Kostenaufwand von maximal 200 Millionen Euro insgesamt nicht zu überschreiten.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Januar 2020 zu berichten.

Begründung:

Am Kulturforum zeichnet sich aktuell eine Entwicklung ab, die den nächsten größeren Bau-skandal in dieser Stadt begründen könnte. Die Konkretisierungsphase der Planung der Architekten Herzog & de Meuron zeigt eine absehbare Kostenexplosion auf bereits mehr als das Doppelte der ursprünglich in Betracht gezogenen 200 Millionen Euro Baukosten auf ca. 450 Millionen Euro. Weitere Kostensteigerungen sind nicht auszuschließen.

Unter anderem soll eine sehr edle und damit kostenintensive Wahl der Oberflächenmaterialien die hässliche, nicht in das städtebauliche Umfeld passende „Scheunen kubatur“ des Gebäudes kaschieren. Abstriche bezüglich seiner groß dimensionierten Grundfläche wollen die Architekten durch eine extrem kostenintensive mehretagige Tiefgeschossigkeit kompensieren, die hohen Aufwand mit sich bringt und einen schwerwiegenden Eingriff in das Grundwasser darstellt.

Um ein dadurch zu befürchtendes düsteres Umfeld für die dort präsentierten Kunstwerke zu vermeiden, will man weiteren sehr teuren Aufwand betreiben, um die unterirdischen Flächen aufwändig zu belichten.

Leider löste der vom Abgeordnetenhaus beschlossene Bebauungsplan 1-35ba nicht die aufgeworfenen Konflikte der Sichtachsen, des Kulturforums als zentralem Ort, die Einbindung der Verkehrsräume, die Kommunikation mit Staatsbibliothek, Kunstgewerbemuseum, Neuer Nationalgalerie, der Matthäikirche nebst Matthäikirchplatz, insbesondere aus städtebaulicher Sicht.

Um so wichtiger ist es jetzt, zu verhindern, dass ein extrem teurer Fremdkörper an dieser Stelle entsteht, bei dem eine Kostenexplosion wie beim BER oder der Elbphilharmonie die öffentlichen Kassen leert, und der Bürger zusehen muss wie nicht nur seine Steuergelder vergeudet werden, sondern zusätzlich auch noch ein schlecht integrierter Fremdkörper das Ortsbild verschandelt.

Hier muss sich der Senat unverzüglich konstruktiv einbringen, um sicherzustellen, dass das Projekt nicht ausufert, nicht zu einem finanziellen Desaster für alle Steuerbürger Deutschlands führt, und ein städtebauliches Desaster für die Berliner Bürger verhindert wird.

Berlin, den 18. September 2019

Pazderski Laatsch Hansel Trefzer Dr. Berg Dr. Neuendorf
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion